

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) Wir setzen die Beratungen fort. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25 a bis 25 d auf:

- a) – Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001 und 1413 (2002) vom 23. Mai 2002 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

– Drucksachen 14/9246, 14/94378 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Karl Lamers
Rita Grießhaber
Dr. Helmut Haussmann
Wolfgang Gehrcke

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 14/9447 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Uta Titze-Stecher
Dietrich Austermann
Antje Hermenau
Dr. Werner Hoyer
Dr. Christa Luft

(B)

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dietmar Bartsch, Petra Bläss, Carsten Hübner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

Bundeswehreinheiten aus der Golfregion zurückziehen

– Drucksachen 14/8270, 14/8834 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Christoph Moosbauer
Joachim Hörster
Rita Grießhaber
Dr. Helmut Haussmann
Wolfgang Gehrcke

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Bläss, Wolfgang Gehrcke, Carsten Hübner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

Bündnisfall aufheben

– Drucksachen 14/8664, 14/9435 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Markus Meckel
Karl Lamers
Rita Grießhaber
Dr. Helmut Haussmann
Wolfgang Gehrcke

- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der PDS (C)

Den internationalen Terrorismus wirksam bekämpfen – den Krieg in Afghanistan beenden

– Drucksachen 14/7500, 14/8234 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Christian Schmidt (Fürth)
Dr. Helmut Lippelt
Ulrich Irmer
Wolfgang Gehrcke

Über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Bundesregierung werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich, die Plätze einzunehmen bzw. die Gespräche außerhalb des Plenarsaals fortzusetzen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Bundesminister Rudolf Scharping das Wort.

Rudolf Scharping, Bundesminister der Verteidigung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Afghanistan wird in wenigen Tagen eine legitimierte und politisch handlungsfähige Übergangsregierung haben. Wer hätte das vor sechs oder acht Monaten geglaubt?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP) (D)

Ich gratuliere dem gewählten **Präsidenten Hamid Karzai** von diesem Hohen Hause aus namens der Bundesregierung ganz herzlich und wünsche ihm Glück, Fortune und die nötige Unterstützung, damit sein Land wieder auf einen guten Weg kommt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Wir erleben zurzeit einen Meilenstein auf dem Weg dieses Landes in eine Zukunft ohne Terror, ohne Krieg, ohne Gewalt, eine Zukunft, die allen Menschen Grundrechte garantiert und ein Leben in Würde ermöglicht. In diesem Land werden die Frauen, insbesondere die Mädchen, wieder Zugang zum öffentlichen Leben, zu Bildung und Ausbildung und zu dem kulturellen Reichtum des Landes und der gesamten Region haben. Das ist ein unglaublich wichtiger Fortschritt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dieser Fortschritt ist aber ganz und gar ungesichert. Er bedarf der Stabilisierung durch die Arbeit der Interimsadministration in Afghanistan und umfassender Unterstützung bei der Festigung der staatlichen Autorität und ihrer Ausweitung auf das ganze Land.

Ich glaube, man kann im Deutschen Bundestag auch einmal sagen, dass wir nicht nur auf die Leistungen stolz sind,

Bundesminister Rudolf Scharping

- (A) die wir mithilfe unserer Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der Sicherheitspräsenz in Afghanistan erbringen. Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister, hat mithilfe unter anderem der Vereinten Nationen Erhebliches dazu beigetragen, dass dieser politische Weg überhaupt beschritten werden konnte:

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben die **Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg** unterstützt und in gewisser Weise ermöglicht. Wir haben mitgewirkt an einer umfassenden Strategie der politischen Stabilisierung. Wir haben unter dem Dach der Europäischen Union und in der internationalen Staatengemeinschaft wirtschaftliche Beiträge zum Wiederaufbau geleistet. Nicht zuletzt leisten wir auch einen substanziellen Beitrag beim Aufbau der Polizei und bei der Gewährleistung der Sicherheit in Kabul und seiner Umgebung. – Das alles muss konsequent fortgesetzt werden.

Der Weg ist frei für eine verfassungsgebende Versammlung, für demokratische Wahlen innerhalb von zwei Jahren. Der Weg des „nation building“, also der Entwicklung des Landes in einer Weise, die es den Menschen ermöglicht, das Schicksal ihres Landes in die Hände zu nehmen und selbst zu bestimmen, hat aber erst begonnen; er ist noch nicht erfolgreich zurückgelegt. Damit diese Aufgabe bewältigt werden kann, muss es bei der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch sicherheitspolitischen Unterstützung eines der ärmsten Länder der Erde bleiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(B)

Es gibt in Afghanistan noch viel zu tun, darüber hinaus aber auch in der ganzen Region. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 23. Mai festgestellt, dass „die Situation in Afghanistan weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Stabilität darstellt“.

Die umfassende Niederlage der Taliban und die vergleichsweise friedlichen Bilder aus Kabul dürfen über eines nicht hinwegtäuschen: Marodierende Banden, Überfälle, Widerstandsnester versprengter Taliban, untergetauchte **al-Qaida-Kämpfer** gehören zur afghanischen Realität. Hinzu kommt, dass einzelne Stammesfürsten Teile des Landes noch als Warlords kontrollieren. – Das macht die Risiken deutlich, denen sich das Land und all diejenigen gegenüber sehen, die das Land international zu unterstützen versuchen.

Im Wissen darum, welche schlechte Erfahrungen das afghanische Volk mit einer starken Präsenz ausländischer Streitkräfte gemacht hat, und im Wissen darum, wie sehr es sich dagegen gewehrt hat und dass dies das falsche politische Signal wäre, verzichten wir bewusst auf eine starke militärische Präsenz, nicht aber auf einen militärischen Beitrag. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll und auch notwendig, das ISAF-Engagement in Kabul und seiner Umgebung fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie des Abg. Manfred Grund
[CDU/CSU] und des Abg. Günther Friedrich
Nolting [FDP])

Mit dem Antrag der Bundesregierung bitten wir den Bundestag um die Zustimmung, die Obergrenze von 1 200 Soldaten der Bundesrepublik Deutschland bedarfs- und zeitweise auf bis zu 200 Soldaten erhöhen zu können, um flexibler auf jeweils unterschiedliche Entwicklungen der Lage reagieren und – das ist genauso wichtig – den Schutz der eigenen eingesetzten Soldaten gut gewährleisten zu können. (C)

Meine Damen und Herren, das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in Deutschland war auf der Grundlage historischer Erfahrungen und guter Beziehungen von Anfang an groß. Es ist deshalb auch richtig, dieses umfassende Engagement fortzusetzen und den Einsatz der **Sicherheitspräsenz** in das Engagement klug zu integrieren.

Ich füge hinzu: Auch das ist präventive Politik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es ist präventive Politik im eigentlichen Sinne des Wortes. Wir wollen nämlich verhindern, dass Afghanistan in Zeiten der Unterdrückung und des Bürgerkriegs zurückfällt; wir wollen nicht, dass Afghanistan in Zeiten zurückfällt, in denen das Land als scheinbar sicherer Hafen für terroristische Organisationen missbraucht wurde.

Wenn es gelingt, die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Situation in diesem Land zu verbessern, wird das auch der gesamten Region zugute kommen, und zwar schon deshalb, weil es ein glaubwürdiges Beispiel dafür bietet.

Hier will ich darauf aufmerksam machen, dass ich zum Beispiel Veränderungen in der amerikanischen Haltung spüre. Die Amerikaner hatten am Anfang die Vorstellung, dass sie gegen den Terrorismus kämpfen, ihn mit Stumpf und Stiel ausrotten und dann Afghanistan verlassen. Auch unsere Freunde verstehen inzwischen besser, dass militärische Mittel nur dann vertretbar sind, wenn sie letztes Mittel bleiben und in einem umfassenden politisch verstandenen Prozess eine unterstützende und nicht die dominierende Rolle spielen. Dabei muss es auch bleiben. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Afghanistan könnte, wenn wir alle klug sind und entschlossen handeln, ein gutes Beispiel für die Region geben. Afghanistan könnte auch mit Blick auf andere Konflikte – Kaschmir, Naher Osten und andere Staaten – hilfreich sein. Damit meine ich nicht, dass hier eine Lösung modelliert wird; aber in Bezug auf die Glaubwürdigkeit, die Konsequenz, die Langfristigkeit und die Entschlossenheit unseres Handelns wird es hilfreich sein.

Meine Damen und Herren, ich will auf internationale sicherheitspolitische Probleme ansonsten nicht eingehen, sondern nur noch hinzufügen, dass der bisherige Verlauf der **Loya Jirga**, der Großen Ratsversammlung, Grund zur Hoffnung gibt. Wir müssen diese Hoffnung allerdings weiterhin stärken. Ich bitte Sie, auch in Respekt vor der besonderen Leistung unserer Soldatinnen und Soldaten, angesichts des sehr substanziellen Beitrags, den sie erbringen, um breite Unterstützung des Deutschen Bundestages für

Bundesminister Rudolf Scharping

- (A) das, was wir mit der Hilfe unserer Soldatinnen und Soldaten eingebettet in ein umfassendes Konzept in Afghanistan leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Endgültiges Ergebnis	
Abgegebene Stimmen:	556;
davon	
ja:	517
nein:	34
enthalten:	5
Ja	
SPD	
Brigitte Adler	Lilo Friedrich (Mettmann)
Gerd Andres	Harald Friese
Ingrid Arndt-Brauer	Anke Fuchs (Köln)
Rainer Arnold	Arne Fuhrmann
Hermann Bachmaier	Monika Ganseforth
Ernst Bahr	Konrad Gilges
Doris Barnett	Iris Gleicke
Dr. Hans-Peter Bartels	Günter Gloser
Eckhardt Barthel (Berlin)	Renate Gradistanac
Klaus Barthel (Starnberg)	Günter Graf (Friesoythe)
Ingrid Becker-Inglau	Angelika Graf (Rosenheim)
Dr. Axel Berg	Dieter Grasedieck
Hans-Werner Bertl	Monika Griefahn
Friedhelm Julius Beucher	Kerstin Griese
Petra Bierwirth	Achim Großmann
Kurt Bodewig	Wolfgang Grotthaus
Klaus Brandner	Hans-Joachim Hacker
Anni Brandt-Elsweiler	Klaus Hagemann
Willi Brase	Alfred Hartenbach
Rainer Brinkmann (Detmold)	Klaus Hasenfratz
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)	Nina Hauer
Hans-Günter Bruckmann	Hubertus Heil
Ulla Burchardt	Reinhold Hemker
Dr. Michael Bürsch	Frank Hempel
Hans Büttner (Ingolstadt)	Rolf Hempelmann
Marion Caspers-Merk	Dr. Barbara Hendricks
Wolf-Michael Catenhusen	Gustav Herzog
Dr. Peter Danckert	Monika Heubaum
Dr. Herta Däubler-Gmelin	Stephan Hilsberg
Christel Deichmann	Gerd Höfer
Karl Diller	Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Peter Dreßen	Walter Hoffmann (Darmstadt)
Detlef Dzembritzki	Frank Hofmann (Volkach)
Dieter Dzewas	Ingrid Holzhüter
Sebastian Edathy	Eike Hovermann
Ludwig Eich	Christel Humme
Marga Elser	Lothar Ibrügger
Petra Ernstberger	Barbara Imhof
Annette Faße	Brunhilde Irber
Lothar Fischer (Homburg)	Gabriele Iwersen
Gabriele Fograscher	Renate Jäger
Iris Follak	Jann-Peter Janssen
Norbert Formanski	Ilse Janz
Rainer Fornahl	Dr. Uwe Jens
Hans Forster	Johannes Kahrs
	Ulrich Kasparick
	Sabine Kaspereit
	Susanne Kastner
	Ulrich Kelber
	Hans-Peter Kemper
	Klaus Kirschner
	Marianne Klappert
	Siegrun Klemmer
	Hans-Ulrich Klose
	Walter Kolbow
	Fritz Rudolf Körper
	Anette Kramme

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Ich komme zum Tagesordnungspunkt 24 zurück und gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Abgegebene Stimmen 556. Mit Ja haben gestimmt 517, mit Nein haben gestimmt 34, Enthaltungen 5. (C)

Nicolette Kressl	Dr. Martin Pfaff
Volker Kröning	Georg Pfannenstein
Angelika Krüger-Leißner	Johannes Pflug
Horst Kubatschka	Dr. Eckhart Pick
Ernst Küchler	Karin Rehbock-Zureich
Helga Kühn-Mengel	Dr. Carola Reimann
Ute Kumpf	Margot von Renesse
Konrad Kunick	Renate Rennebach
Dr. Uwe Küster	Bernd Reuter
Werner Labsch	Dr. Edelbert Richter
Christine Lambrecht	Christel Riemann-
Brigitte Lange	Hanewinkel
Christian Lange (Backnang)	Reinhold Robbe
Detlev von Larcher	René Rösper
Christine Lehder	Dr. Ernst Dieter Rossmann
Waltraud Lehn	Michael Roth (Heringen)
Robert Leidinger	Birgit Roth (Speyer)
Klaus Lennartz	Gerhard Rübenkönig
Dr. Elke Leonhard	Marlene Rupprecht
Eckhart Lewering	Thomas Sauer
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg)	Dr. Hansjörg Schäfer
Gabriele Lösekrug-Möller	Gudrun Schaich-Walch
Erika Lotz	Rudolf Scharping
Dr. Christine Lucyga	Bernd Scheelen
Dieter Maaß (Herne)	Dr. Hermann Scheer
Winfried Mante	Siegfried Scheffler
Dirk Manzewski	Horst Schild
Tobias Marhold	Otto Schily
Lothar Mark	Dieter Schloten
Ulrike Mascher	Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Christoph Matschie	Ulla Schmidt (Aachen)
Heide Mattischeck	Silvia Schmidt (Eisleben)
Markus Meckel	Dagmar Schmidt (Meschede)
Ulrike Mehl	Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Ulrike Merten	Dr. Frank Schmidt (Weilburg)
Angelika Mertens	Regina Schmidt-Zadel
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)	Heinz Schmitt (Berg)
Ursula Mogg	Carsten Schneider
Christoph Moosbauer	Dr. Emil Schnell
Siegmar Mosdorf	Walter Schöler
Michael Müller (Düsseldorf)	Karsten Schönfeld
Jutta Müller (Völklingen)	Fritz Schösser
Christian Müller (Zittau)	Ottmar Schreiner
Franz Müntefering	Dr. Mathias Schubert
Andrea Nahles	Richard Schuhmann (Delitzsch)
Volker Neumann (Bramsche)	Brigitte Schulte (Hameln)
Dr. Edith Niehuis	Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dr. Rolf Niese	Volkmar Schultz (Köln)
Dietmar Nietan	Ewald Schurer
Günter Oesinghaus	Dr. Angelica Schwall-Düren
Eckhard Ohl	Rolf Schwanitz
Leyla Onur	Bodo Seidenthal
Manfred Opel	Erika Simm
Holger Ortel	Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Adolf Ostertag	
Kurt Palis	
Albrecht Papenroth	

(D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | | |
|-----|--|---|--|---|-----|
| (A) | Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Antje-Marie Steen
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Rita Streb-Hesse
Reinhold Strobl (Amberg)
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Hans-Eberhard Urbaniak
Rüdiger Veit
Simone Viola
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gunter Weißgerber
Gert Weisskirchen
(Wiesloch) | Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Hans-Dirk Bierling
Dr. Joseph-Theodor Blank
Renate Blank
Dr. Heribert Blens
Peter Bleser
Dr. Norbert Blüm
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Georg Brunnhuber
Klaus Bühler (Bruchsal)
Hartmut Büttner
(Schönebeck)
Dankward Buwitt
Cajus Caesar
Peter H. Carstensen
(Nordstrand)
Leo Dautzenberg
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Albert Deß
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Dr. Hansjürgen Doss
Marie-Luise Dött
Rainer Eppelmann
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich
(Erlangen)
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Erich G. Fritz
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Manfred Grund
Horst Günther (Duisburg)
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Gottfried Haschke
(Großhennersdorf)
Gerda Hasselfeldt
Hansgeorg Hauser
(Rednitzhembach)
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Manfred Heise
Detlef Helling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Martin Hohmann
Josef Hollerith
Siegfried Hornung
Joachim Hörster | Hubert Hüppe
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Harald Kahl
Bartholomäus Kalb
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Ulrich Klinkert
Norbert Königshofen
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Dr. Martina Krogmann
Werner Kuhn
Karl Lamers
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Vera Lengsfeld
Werner Lensing
Peter Letzgas
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Dr. Klaus W. Lippold
(Offenbach)
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann
(Lüdenscheid)
Dr. Michael Luther
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Friedrich Merz
Bernward Müller (Jena)
Elmar Müller (Kirchheim)
Günter Nooke
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Marlies Pretzlaff
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Peter Rauen
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Hannelore Rönsch
(Wiesbaden) | Kurt J. Rossmannith
Adolf Roth (Gießen)
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Volker Rühle
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Karl-Heinz Scherhag
Dr. Gerhard Scheu
Norbert Schindler
Christian Schmidt (Fürth)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt
(Halsbrücke)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Hans Peter Schmitz
(Baesweiler)
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Erika Schuchardt
Gerhard Schulz
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Wilhelm Josef Sebastian
Marion Seib
Heinz Seiffert
Werner Siemann
Johannes Singhammer
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Carl-Dieter Spranger
Erika Steinbach
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Michael Stübgen
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Angelika Volquartz
Andrea Voßhoff
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Bernd Witz
Matthias Wissmann
Werner Wittlich
Dagmar Wöhl
Elke Wülfing
Peter Kurt Würzbach
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöller | (C) |
| (B) | Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Jochen Welt
Dr. Rainer Wend
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier
Dr. Margrit Wetzel
Dr. Norbert Wieczorek
Jürgen Wieczorek (Böhlen)
Helmut Wieczorek
(Duisburg)
Dieter Wiefelspütz
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Barbara Wittig
Dr. Wolfgang Wodarg
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Heidemarie Wright
Dr. Christoph Zöpel
Peter Zumkley | | | Dr. Michael Luther
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Friedrich Merz
Bernward Müller (Jena)
Elmar Müller (Kirchheim)
Günter Nooke
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Marlies Pretzlaff
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Peter Rauen
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Hannelore Rönsch
(Wiesbaden) | (D) |
| | CDU/CSU
Ulrich Adam
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Günter Baumann
Brigitte Baumeister | | BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Gila Altmann (Aurich)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Grietje Bettin
Ekin Deligöz
Amke Dietert-Scheuer | | |

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | | |
|-----|---|--|---|--|-----|
| (A) | Dr. Thea Dückert
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Joseph Fischer (Frankfurt)
Katrin Göring-Eckardt
Rita Griebhaber
Gerald Häfner
Antje Hermenau
Ulrike Höfken
Michaela Hustedt
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Reinhard Loske
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Cem Özdemir
Simone Probst
Christine Scheel
Irmgard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Werner Schulz (Leipzig)
Christian Sterzing
Jürgen Trittin
Dr. Antje Vollmer
Dr. Ludger Volmer
Sylvia Voß
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt) | FDP
Hildebrecht Braun
(Augsburg)
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Gisela Frick
Paul K. Friedhoff
Rainer Funke
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Dr. Helmut Haussmann
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Detlef Parr
Dr. Günter Rexrodt
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Gudrun Serowiecki
Dr. Hermann Otto Solms | Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk

Nein

CDU/CSU
Dr. Wolf Bauer
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)

BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Monika Knoche

PDS
Dr. Dietmar Bartsch
Wolfgang Bierstedt
Petra Bläss
Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Heidemarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Ruth Fuchs
Wolfgang Gehrcke
Dr. Klaus Grehn
Uwe Hixsch
Dr. Barbara Höll
Carsten Hübner
Gerhard Jüttemann | Dr. Evelyn Kenzler
Rolf Kutzmutz
Ursula Lötzer
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Pia Maier
Angela Marquardt
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Christine Ostrowski
Petra Pau
Christina Schenk
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert
Dr. Winfried Wolf

Fraktionslose Abgeordnete
Christa Lörcher

Enthalten

CDU/CSU
Norbert Otto (Erfurt)

BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Annelie Buntenbach
Winfried Hermann
Christian Simmert
Hans-Christian Ströbele | (C) |
|-----|---|--|---|--|-----|

- (B) Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der OSZE oder der IPU (D)

Abgeordnete(r)

Behrendt, Wolfgang
SPD

Bindig, Rudolf
SPD

Lintner, Eduard
CDU/CSU

Dr. Lippelt, Helmut
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Müller (Berlin), Manfred
PDS

Zierer, Benno
CDU/CSU

Der Antrag ist angenommen.

Als nächstem Redner gebe ich dem Kollegen Christian Schwarz-Schilling von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Christian Schwarz-Schilling (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Scharping, durch Ihre Eingangsworte bin ich an etwas erinnert worden. Sie können sich auf die Mitwirkung der Opposition bei diesem Einsatz voll verlassen. Wir stimmen ihm zu.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das mit einer gewissen Anspielung auf die Zeiten, als die CDU/CSU hier entsprechende Dinge – ich

denke an den Einsatz von zwei kleinen Schiffen auf der Adria – vorgenommen hat.

(V o r s i t z : Vizepräsidentin Petra Bläss)

Als Folge bekamen wir einen Verfassungsgerichtsprozess an den Hals und es hat sehr lange gedauert, bis die Opposition einer solchen Regierungspolitik zugestimmt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Da war auch die FDP dabei!)

Meine Damen und Herren, wenn man diesem Hause 26 Jahre angehört, darf man auch einmal an einige historische Dinge erinnern. Auch das gehört dazu.

Wir stimmen, wie ich eben bereits sagte, diesem Einsatz zu. In einem Moment, in dem militärische Aktionen

Dr. Christian Schwarz-Schilling

- (A) und diplomatische Aktionen in einer eigentlich erst im 21. Jahrhundert sichtbaren Weise parallel wirken, ist eine solche Zustimmung umso mehr angebracht. Ich habe das Wort „parallel“ gebraucht, weil ich immer noch den von manchen für besonders klug gehaltenen Satz im Ohr habe, Militäreinsätze seien nur das allerletzte Mittel, wobei man aber nicht bedacht hatte, dass dieses Mittel zumindest als Bedrohung, nicht unbedingt in der Ausführung am Anfang stehen muss, wenn man es mit Diktatoren oder Gewaltherrschern zu tun hat. Die Möglichkeit eines Einsatzes muss jederzeit gegeben sein, wenn man das Spiel zwischen **Diplomatie und Militär** im 21. Jahrhundert richtig versteht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Herr Kollege Gehrcke, ich wiederhole das, was ich vorgestern im Auswärtigen Ausschuss gesagt habe: Ihre Politik ist von vorgestern und ohne jede Moral.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie hätten wohl weiter zugeschaut, wenn die Massaker in Bosnien weitergegangen wären,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

wenn alle Menschen im Kosovo vertrieben worden wären

(Zuruf von der SPD: Ja!)

und wenn die Dinge in Afghanistan weiter wie früher gelaufen wären.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

- (B) Dann würden Sie immer noch sagen, Sie seien die einzig Moralischen in diesem Hause.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Ich lasse Sie bei Ihrem Glauben, meine aber zu wissen, dass Sie Ihren Worten selber nicht glauben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern die Nachricht gehört – es wurde schon darauf hingewiesen –, dass die Loya Jirga Hamid Karzai mit über 80 Prozent der Stimmen gewählt hat. Das ist wirklich ein Erfolg. Da ich sonst auch sehr viele kritische Äußerungen mache, sage ich dem Außenminister, dass er auf dem Petersberg maßgeblich einen Prozess in Gang gebracht hat, der zu diesem Erfolg geführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich danke ihm dafür. Es ist ja nicht ganz selbstverständlich, dass diese Politik mit dem Einsatz von Diplomatie und Militär von dieser Bundesregierung mit entsprechender Kraft vorangetrieben worden ist.

Die Zusammenarbeit zwischen Militär und Diplomatie ist meines Erachtens von großer Bedeutung. Besonders interessant ist aber, dass wir auch gelernt haben, dass die **Polizei** ganz wichtig ist. Was habe ich mich in den vergangenen Jahren bemüht, die Polizei als eine der wichtigsten demokratischen Säulen in einem aufzubauenden Staat

auch uns präsent zu machen! Ich bin dankbar, dass gerade die Bundesregierung diesen Teil sehr ernst nimmt und dabei eine maßgebliche Rolle spielt. Dies ist für die langfristige Befriedung dieses Landes von außerordentlicher Bedeutung: mindestens von der Bedeutung des Aufbaus einer afghanischen Armee, vielleicht sogar von größerer Bedeutung. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dass das Ganze kein Zuckerschlecken und kein Spaziergang ist, haben wir gestern und vorgestern ebenfalls in den Nachrichten gehört. Auch deutsche Soldaten wurden in tätliche Auseinandersetzungen verwickelt und bedroht. Wir alle wissen nicht, welche Risiken hier noch auf uns zukommen können. Deswegen müssen wir umso mehr unsere Bundeswehr ermutigen, indem wir – bis auf die Vorgestrigen hier im Hause – alle hinter ihr stehen und voller Bewunderung darüber sind, mit welcher Professionalität diese Aufgabe erfüllt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das hat bei manchen, die nach 1989/90 meinten man könne die ganze Bundeswehr abschaffen, wahrscheinlich zu einem gewissen Umkehrprozess in der Achtung vor der Bundeswehr geführt.

Ein großer Erfolg ist auch die Wiedereröffnung der Schulen. Sie sehen Bilder mit Jungen und Mädchen, die wieder in die Schule gehen können. Sie sehen auch die Aktivität der Frauen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP) (D)

Über 100 Frauen – das sind fast 5 Prozent – sind Mitglied der Großen Ratsversammlung. Es hat sich sogar eine Kandidatin für die Präsidentschaft gefunden, eine 35-jährige Ärztin, die zwar keine Chancen hatte,

(Hildebrecht Braun [Augsburg] [FDP]: Noch nicht!)

die aber ein Zeichen gesetzt hat, in welche Richtung dieses Land geht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die **Sicherheitslage** hat weitere positive Konsequenzen. Wir haben über 900 000 Rückkehrer, bald werden es 1 Million sein. Damit stellt sich natürlich auch die Frage nach der Sicherheit der zurückkehrenden Flüchtlinge. Dazu möchte ich eine Anmerkung machen, weil immer etwas schnell gesagt wird: Wir beschränken uns auf Kabul. Das ist im Moment sicher richtig. Langfristig gesehen werden wir Sicherheit aber nur im ganzen Land haben oder sie wird gar nicht kommen. Als nächstes Zeichen muss auch in den Provinzhauptstädten Sicherheit einkehren. Wir können das nicht den Amerikanern überlassen nach dem Motto „Jagt die Terroristen“, sondern das Ziel muss eine kontinuierliche Erhöhung der Sicherheit auch draußen im Lande sein, zumindest schon einmal in den Metropolen der Provinzen, damit sich Sicherheit von dort weiter ausbreitet. Sicherheit allein in der Hauptstadt wird auf lange Sicht nicht ausreichen.

Dr. Christian Schwarz-Schilling

- (A) Lassen Sie mich noch zu einem anderen Punkt kommen, gerade auch vor dem Hintergrund der Diskussion über den NATO-Einsatz auf dem Balkan. Es ist sehr merkwürdig, wie alle Dinge heute zusammenwirken; der Kollege Spranger hat auch schon darauf hingewiesen. Die Frage, unter welchem Gesichtspunkt wir heute Interventionen durchführen dürfen, hat sich in den letzten zehn Jahren unglaublich stark weiter entwickelt. Auf dem Millenniumsgipfel hatte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, die Frage gestellt: Wenn die humanitäre Intervention tatsächlich einen nicht hinnehmbaren Angriff auf die Souveränität darstellt, wie sollen wir dann die Antwort auf ein Ruanda, auf ein Srebrenica finden, auf grobe und systematische **Menschenrechtsverletzungen**, die jeglichem universellen Gebot der Mitmenschlichkeit Hohn sprechen?

Die Kommission von Lloyd Axworthy, eine stark von Kanada finanzierte Kommission, kam zu dem Ergebnis, dass sich in Theorie und Praxis tatsächlich ein Grundsatz der **humanitären Intervention** herauszubilden beginnt, der die Doktrin der **Staatensouveränität** überlagern könnte. In Gesprächen mit Menschen in aller Welt erfahren wir das Bild eines Übergangs von der Kultur der souveränen Straflosigkeit zu einer Kultur der nationalen und internationalen Rechenschaftspflichtigkeit.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich glaube, damit ist der Weg sehr gut beschrieben. Diesen Weg müssen wir weiter gehen. Das ist das Thema des 21. Jahrhunderts. Das möchte ich hier deutlich sagen.

- (B) (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: So ist es!)

Gerade vor dem Hintergrund der Geschichte Europas, wo wir Jahrhunderte gebraucht haben, um Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung zu entwickeln, wo wir etwas ungeduldig sind und in diesen Staaten das alles in zwei, drei Jahren erreichen wollen,

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

möchte ich sagen: Bitte etwas mehr Geduld, auch in der militärischen Präsenz. Wir sollten nicht immer im Sinne einer Exit-Strategie die Frage stellen: Gehen wir in einem Jahr oder in zwei Jahren? Das ist keine konstruktive Einstellung. Die Amerikaner haben 1945, als sie nach Deutschland kamen, auch nicht gleich von einer Exit-Strategie gesprochen. Sie sind jahrzehntelang hiergeblieben, bis heute, ohne uns in irgendeiner Weise zu behelligen.

Meine Damen und Herren, das ist ein Punkt, den ich deutlich hervorheben wollte; denn es handelt sich hier um einen Paradigmenwechsel innerhalb der Charta der Vereinten Nationen. Es ist auch die argumentative Antwort auf diejenigen, die bei jeder Menschenrechtsfrage in ihrer Abwehrhaltung auf die Souveränität ihres Staates pochen. So kann es nicht bleiben. Menschenrechte sind unteilbar.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich möchte jetzt, zum Schluss meiner Rede, die höchstwahrscheinlich die allerletzte nach einer 26-jährigen Tätigkeit in diesem Hohen Hause ist, einige Punkte ansprechen, die mir am Herzen liegen.

Erstens. Ich hatte die großartige Gelegenheit, in einer Zeit, da die Informationstechnologie eine rasante Entwicklung nahm und die so genannte Globalisierung der Politik und der Wirtschaft einleitete, an entscheidender Stelle mitwirken zu dürfen. Ich möchte hier auch, gerade weil ich ein sehr kritischer Weggenosse war, was die Außen- und Menschenrechtspolitik auf dem Balkan betraf, unumwunden sagen, dass ich dem Altkanzler Helmut Kohl immer dankbar dafür sein werde, dass ich die Gelegenheit und die Chance bekommen habe, dort zehn Jahre lang an verantwortlicher Stelle mitwirken zu dürfen. Herzlichen Dank! (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Ich möchte auch denjenigen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett danken, die mir damals in der Schlussphase meiner Tätigkeit inneren und manchmal auch äußeren Beistand in der für mich plötzlich an Priorität gewinnenden Frage des Balkans geleistet haben. Es war für mich furchtbar, dort zuzuschauen und gleichzeitig zu hören, dass das, was vor 50 Jahren geschah, nie wieder geschehen dürfe. Ich erinnere mich an die Eröffnung des Holocaust-Museums, als Eli Wiesel plötzlich den Präsidenten der Vereinigten Staaten ansah und sagte: Ich war gerade in Sarajevo, und ich kann Ihnen nur sagen: Tun Sie etwas, Herr Präsident! Wir eröffnen gerade jetzt hier ein Holocaust-Museum; wir wollen nicht bald ein neues eröffnen müssen! – Die Doppelmoral, auf Vergangenheitsfeiern an die Befreiungstaten vor 50 Jahren zu erinnern, aber im Angesicht dieser Feierlichkeiten das Massaker 100 Kilometer von unseren Grenzen entfernt zu ignorieren, hat mir nie eingeleuchtet. Das hat mich dann auch sehr konsequent zu den Schritten geführt, die ich gegangen bin. Ich danke allen, die mich dabei unterstützt haben. Ich möchte auch all diejenigen, denen ich vielleicht mit Härte entgegengetreten bin, um Nachsicht bitten. Aber es gibt solche Paradigmenwechsel im Leben eines Menschen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich möchte drittens sagen: Diese Begleitung, die ich dann auch in meiner Fraktion erfahren habe, hat mich mit großer Freude erfüllt. Ich habe erfahren, dass man sich auch im Dissens aufgehoben fühlen kann und dass es keineswegs so ist, wie immer gesagt wird, dass die Fraktionen einen riesigen Zwang ausübten. Ich habe eigentlich immer nur erfahren, dass es am Mut einzelner Abgeordneter fehlt, nicht umgekehrt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich möchte aus der Sicht dieser Zeit etwas für das 21. Jahrhundert sagen. Die Kommissarin für Menschenrechte hat in ihrer Rede am 6. Juni über die großen Chancen gesprochen, die wir durch das Zusammenwachsen der humanitären Verpflichtungen des Rechtsstaates und der Möglichkeiten der Diplomatie und des Militärs haben werden. Ich glaube, das ist genau der Weg, den auch dieses Haus in der nächsten Legislaturperiode gehen muss.

Dr. Christian Schwarz-Schilling

- (A) Aber ich möchte noch um eines bitten. Ich freue mich, dass gerade auch der Innenminister hier ist. Dieses Zusammenwachsen bedeutet auch **Zusammenwachsen von Außen- und Innenpolitik**. Wir können nicht einfach sozusagen souverän Innenpolitik betreiben, ohne jeweils zu wissen, welche Wirkungen dies auf unsere außenpolitischen Verpflichtungen hat.

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD])

Auch in diesem Punkt habe ich in Bosnien einiges erlebt, bei dem ich mir eine stärkere Bewusstwerdung unserer Innenpolitik gewünscht hätte, damit sie nicht zur Unzeit Dinge tun, die die Zielsetzungen dort konterkarieren und nicht befördern. Auch das wollte ich hier noch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich bedanken, wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft und hoffe, dass wir auch weiterhin in gutem Kontakt bleiben; ich werde das Meinige dazu tun. Ich hoffe, dass wir auf dem beschriebenen Wege die Chance nutzen, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Menschenrechte wird, und dass wir insofern etwas aus dem 19. und dem 20. Jahrhundert gelernt haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (B) **Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Kollege Schwarz-Schilling, Sie hören es am Beifall der Kolleginnen und Kollegen des Hauses: Wir danken Ihnen für Ihr Wirken auf Bundesebene in den letzten drei Jahrzehnten. Sie haben die Politik dieses Landes als Bundesminister und – vor allem im vergangenen Jahrzehnt – als Menschenrechtspolitiker entscheidend mitgeprägt.

In Ihrer Rede haben Sie bereits darauf hingewiesen, dass Sie uns als internationaler Streitschlichter für Bosnien-Herzegowina erhalten bleiben. Für eine produktive Zusammenarbeit mit den neu gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern und für Ihren neuen Lebens- und Arbeitsabschnitt wünsche ich Ihnen im Namen der Kolleginnen und Kollegen des gesamten Hauses alles Gute.

(Beifall im ganzen Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich jetzt dem Kollegen Wolfgang Gehrcke das Wort.

(Zuruf von der SPD: Oh je!)

Wolfgang Gehrcke (PDS): Es dauert nur kurz, da es ja eine Kurzintervention ist.

Sehr geehrter Herr Kollege Schwarz-Schilling, ich hätte nach Ihrer letzten Rede hier mit Sicherheit keine Kurzintervention angemeldet, wenn Sie mich nicht in drei Punkten sehr direkt und persönlich angesprochen hätten, zu denen ich mich kurz äußern möchte.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Gehrcke, das, was Sie hier machen, ist stillos! Einfach stillos!)

Es gibt noch andere Wege zwischen Tun und Nichttun, zwischen Hinsehen und Nichthinsehen. Wir haben Sorge, dass man immer mehr von Anfang an mit militärischen Mitteln auf Menschenrechtsverletzungen reagiert und dass mit dem Vorwurf der Menschenrechtsverletzung immer funktionaler umgegangen wird. Bei den Staaten, bei denen man es für notwendig hält, es vielleicht sogar berechtigt ist, reagiert man. Bei anderen Staaten wird darüber hinweggesehen. Nehmen Sie uns und mir bitte ab, dass wir die Militäreinsätze abgelehnt haben, weil man die zivilen Mittel eben nicht vollständig ausnutzt. Das war nicht ideologisch begründet und es war kein Wegschauen, sondern es war unsere Art, Verantwortung wahrzunehmen.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh je!)

Beim zweiten Punkt, den Sie, auch in der Auseinandersetzung mit der Regierung hier sehr klar benannt haben, haben Sie gesagt, dass in dem Zusammenspiel zwischen Diplomatie und Militär letzteres nicht am Ende, sondern am Anfang stehen und eingeplant werden muss. Ich finde es gut, dass das so ausgesprochen wurde. Krieg beginnt nie mit dem Krieg selbst, aber ein Konflikt endet beim Krieg, wenn er als Möglichkeit eingeplant worden ist.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn die PDS nur etwas zu sagen hätte!)

Herr Schwarz-Schilling, Sie haben gesagt, dass die Möglichkeit des Krieges am Anfang mitbedacht werden muss. Gerade hier liegt unsere große Sorge.

(D) Ich komme zum dritten Punkt. Sie haben meiner Fraktion und mir persönlich vorgehalten, wir würden uns taktisch verhalten. Ich will Ihnen sagen: Ganz im Gegenteil, wenn wir uns taktisch verhalten würden, wäre unser Weg auf die Regierungsbank schon längst gebahnt.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wussten ja, welchen Preis wir zahlen, wenn wir bei unseren Positionen bleiben. Wir haben diesen Preis sehr bewusst gezahlt. Um dort zu landen, müssten wir das tun, was man von uns verlangt; das ist es uns nicht wert.

Entschuldigen Sie, das wollte ich Ihnen mit allem Respekt am Ende Ihrer Rede noch gesagt haben.

(Beifall bei der PDS – Joseph Fischer, Bundesminister: Damit hat sich die Frage, ob die PDS an der Regierung beteiligt werden kann, erledigt! – Hildebrecht Braun [Augsburg] [FDP]: Er hätte ja noch ein bisschen mehr sagen können! Zum Beispiel wer den Weg gebahnt hätte!)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Die nächste Rednerin in der Debatte ist die Kollegin Rita Grießhaber für die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen.

Rita Grießhaber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Schwarz-Schilling, Ihnen ein ganz

Rita Griebhaber

- (A) herzliches Dankeschön für die wunderbare Zusammenarbeit im Auswärtigen Ausschuss! Gerade Ihre Art zu debattieren und Ihr Stil waren sehr bereichernd. Das hat gezeigt, dass die parteiübergreifend gute Zusammenarbeit im Auswärtigen Ausschuss nur durch Ihre Art und Weise, Politik zu machen, möglich war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Wenn man sieht, wie viele berüchtigte ehemalige Kriegsherren in der afghanischen Großen Ratsversammlung sitzen, könnte man es eine Farce nennen, dass die gewählten Vertreter dieser **Loya Jirga** bei ihrer Bewerbung eine Erklärung abgeben mussten, in der sie sich zu den Beschlüssen der Petersberger Konferenz bekennen, und versichern mussten, dass sie die Menschenrechte niemals verletzt haben. Bedenkt man die Umstände, grenzt es an ein Wunder, dass diese Versammlung nach 23 Jahren Krieg und Bürgerkrieg – und sogar im Zeitplan – überhaupt zustande gekommen ist.

Die Auswahl der Delegierten verlief nicht nach westeuropäischem Vorbild. Aber die Verhältnisse einer kriegszerrütteten Stammesgesellschaft sind davon weit entfernt. Man kann wirklich nur staunen, was in Afghanistan bisher alles erreicht worden ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Ich freue mich zum Beispiel auch darüber, dass zusätzlich zu den 160 garantierten Vertreterinnen 50 Frauen direkt in die Loya Jirga gewählt wurden. Dies ist in einem Land geschehen, über das mir einmal eine Entwicklungshelferin gesagt hat: Hier gibt es viele Gegenden, in denen jede Ziege wertvoller als eine Frau ist. – Es ist ein Riesenerfolg, dass diese 50 Frauen in Direktwahl in die Loya Jirga eingezogen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung genießt für ihr Engagement in Afghanistan große Anerkennung. Der Vertreter der Vereinten Nationen, Herr Brahimi, nannte Deutschland im Zusammenhang mit der internationalen Unterstützung für Frieden und Wiederaufbau in der Loya Jirga an erster Stelle. Sogar die „Neue Zürcher Zeitung“ lobt die multinationale Brigade in Kabul unter deutschem Kommando und schreibt, dass sie ein Gefühl der Sicherheit im Land gebe.

Ich kann verstehen, dass deshalb viele nach einer Ausweitung des Mandats über Kabul und Umgebung hinaus rufen. Das ist aber nicht die Lösung. Nicht umsonst hat Präsident Karzai auf der Ratsversammlung betont, dass das Land für seine Souveränität und seine territoriale Integrität selber eintreten muss. In keiner Frage einen sich die zerstrittensten Afghanen schneller als bei der Gefahr einer möglichen ausländischen Besatzung. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung Afghanistan beim Aufbau einer eigenen Polizei unterstützt und die USA beim Aufbau der Armee helfen, damit es, wie Kollege Schwarz-Schilling gesagt hat, auch in den Provinzen Sicherheit geben wird.

- (C) Wichtig ist auch, dass die internationale Sicherheitsunterstützungstruppe und die Operation „Enduring Freedom“ weiterhin deutlich getrennt bleiben. Es ist eine Sache, die Regierung bei der Herstellung der Sicherheit zu unterstützen. Aber es ist eine andere Sache, die verbliebenen al-Qaida- und Taliban-Terroristen zu bekämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dass Letzteres immer noch nötig ist, daran besteht leider kein Zweifel. Das zeigt auch der soeben verübte Anschlag in Karachi. Im Übrigen müssen selbstverständlich alle Vorwürfe über gezielte Massenmorde an Taliban-Kämpfern Ende letzten Jahres unter Beteiligung von US-Soldaten vollständig aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Keine Frage: Es gibt in Afghanistan noch zahlreiche verfeindete Clans und jede Menge Kriegsherren, die um territorialen Einfluss kämpfen. Allein auf der Strecke von Kabul nach Herat – das sind knapp 600 Kilometer – soll es über 100 Checkpoints geben. Jeder wird von einem anderen Kriegsfürsten kontrolliert.

Damit, was in der Sprache der Vereinten Nationen lapidar „nation building“ heißt, hat Afghanistan erst begonnen. Aber auch wenn der Weg lang ist: Mit der Wahl von Präsident Karzai, dem Prozess der Loya Jirga und der verfassunggebenden Versammlung sowie weiterer tatkräftiger internationaler Unterstützung sind die Weichen für eine **friedliche und stabile Entwicklung** gestellt. Wir unterstützen die Verlängerung des Mandats für die Bundeswehr. (D)

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Hildebrecht Braun.

Hildebrecht Braun (Augsburg) (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schwarz-Schilling, ich möchte Ihnen den Dank der FDP-Fraktion für Ihre Führungsrolle ausdrücken, die Sie eingenommen haben, wenn es darum ging, unser Land in den Kreis derer zu führen, die auch mit den Mitteln der Macht eine aktive Rolle gegen die Macht des Terrors und der Gegner der Menschenrechte spielen wollten. Herzlichen Dank! Ich möchte noch eine persönliche Bemerkung hinzufügen: Ich bin stolz darauf, dass ich Anfang 1995 mit Ihnen und zwei Vertretern anderer Fraktionen einen offenen Brief schreiben konnte, der vielleicht damals ein bisschen zum Umdenken der NATO und auch unserer Regierung beigetragen hat, als es im Zusammenhang mit dem Balkan um diese Grundsatzfrage ging.

Die FDP stimmt natürlich dem heutigen Antrag der Bundesregierung zu. Die Friedensaktion der Bundeswehr im Rahmen der ISAF muss fortgesetzt werden. Noch vor sechs Monaten hatte die Bundesregierung keine eigene

Hildebrecht Braun (Augsburg)

- (A) Mehrheit. Mittlerweile hat sich für jedermann, auch für diejenigen, die damals noch in der außen- und sicherheitspolitischen Lernphase waren, gezeigt, dass der Einsatz der Bundeswehr der Sicherung des Friedens in Kabul dient.

(Beifall bei der FDP)

Außer der PDS, die in diesem Punkt beratungs- und erfahrungsresistent ist, werden wohl alle aus gutem Grund dem Antrag der Bundesregierung zustimmen. Frieden in Kabul bedeutet ein Mehr an Sicherheit und Frieden weltweit; denn es gibt nur eine Welt des Terrors und auch nur eine Welt des Friedens.

Die Bundeswehr genießt in Kabul hohes Ansehen, und zwar zu Recht. Deutsche Soldaten zeichnen sich wieder, wie schon im Kosovo, in Mazedonien und in Bosnien, durch Verlässlichkeit, Hilfsbereitschaft, Pflichterfüllung, aber auch durch Sensibilität gegenüber den Bewohnern aus. Übergriffe auf Afghanen gibt es nicht. Deutsche werden als Helfer, als Schutztruppe gegen Chaos, aber auch gegen Terror und Unfreiheit sowie als Wegbereiter für eine positive Entwicklung sowohl der Stadt Kabul als auch des gesamten Landes wahrgenommen.

Wir selbst konnten uns vor 14 Tagen vor Ort davon überzeugen, dass unsere Soldaten unter wirklich schwierigen Bedingungen und in unsicherer Lage ihren Dienst vorbildlich leisten. Großes Engagement ist auch erforderlich, um auf engstem Raum in Kabul sechs Monate auszuharren. Es ist ein Leben in Zelten unter unwirtlichen klimatischen Bedingungen, mit großer Hitze am Mittag und oft mit großer Kälte in der Nacht, mit Staub ohne Ende und gelegentlich auch mit Sandstürmen, ohne die Möglichkeit, sich an einen Ort der Privatheit zurückzuziehen, viele Tausend Kilometer von der Familie, der Freundin und von den eigenen Kindern entfernt. Das alles sind Opfer, die hingenommen werden, weil jeder weiß, dass sein Aufenthalt in Afghanistan den dort lebenden Menschen nützt. Würden die Truppen abziehen, hätten die Menschen in Afghanistan nach 24 Jahren Krieg wieder keine Chance. Dass Mädchen wieder in die Schule gehen können, dass Frauen wieder arbeiten dürfen, dass **Meinungsfreiheit** herrscht und dass **demokratische Elemente** immer mehr das öffentliche Leben prägen, das alles ist nur wegen der Präsenz unserer Soldaten möglich.

Natürlich erinnern die jetzt in Afghanistan stattfindenden Prozesse an unser Mittelalter. Präsident Karzai sammelt die Stimmen der Warlords quasi wie damals der Kaiser die Stimmen der Kurfürsten, denen er für ihre Unterstützung weit gehende Unabhängigkeit und Rechte vor Ort zugestehen muss.

Von knapp 1 200 Soldaten sind nur 170 für die eigentliche Aufgabe frei, nämlich für Sicherheit in Kabul zu sorgen und insbesondere die neue, noch junge Übergangsregierung zu schützen, damit sie dauerhafte Strukturen im Land schaffen kann. Mehr als 1 000 Soldaten werden also gebraucht, um 170 in die Lage zu versetzen, ihren Auftrag zu erfüllen. Das ist zwar ein unglückliches Verhältnis von Versorgungs- und Einsatzkräften, aber angesichts der besonderen Gegebenheiten in diesem Land wohl hinnehmbar. Denken wir nur daran, dass die Versorgung über viele Tausend Kilometer erfolgen muss, äußerst kompliziert und natürlich auch teuer ist. Ich freue mich allerdings,

festzustellen, dass die Verantwortlichen in der Streitkräftebasis alles unternehmen, um die notwendigen Transporte von Deutschland nach Kabul billiger zu gestalten. Dass wir unter Zuhilfenahme eines usbekischen Carriers mit zwei Antonow-124-Flugzeugen den Großteil der Versorgung mit Material, zum Beispiel auch mit Fahrzeugen, der Bewaffnung, Zelten, aber auch Lebensmitteln bewerkstelligen, ist sehr gut. Wir sollten allerdings versuchen, speziell die Lebensmittelversorgung in Zukunft möglichst ortsnäher zu organisieren, damit Transportkosten gespart werden können.

Wir wissen von Problemen bei der elektronischen Aufklärung. Es ist wohl immer noch so, dass auch die internationalen Partner eines Einsatzes, der ein gemeinsames Ziel, nämlich die Friedenssicherung, hat, ihre Aufklärungsergebnisse, die der Sicherheit nicht nur der örtlichen Bevölkerung, sondern auch unserer Soldaten selbst dienen, nicht selbstverständlich austauschen. Hier müssen Strukturen geändert werden. Das kann wohl nur auf höchster Ebene erörtert und geändert werden, da nationale Egoismen in diesem Bereich noch immer vorherrschen.

Lassen Sie mich zum Abschluss ein Thema ansprechen, mit dem wir Liberalen uns im Parlament bisher noch nicht durchgesetzt haben. Wir sind immer und immer wieder darauf angesprochen worden, dass die **sechsmontige Stehzeit** ein Unding sei. Das ist richtig. Es ist an der Zeit, dass der Minister einer Division für einen bestimmten Zeitraum den Auftrag gibt, den Einsatz vor Ort zu organisieren. Dann kann der Divisionskommandeur für die nötige Flexibilität sorgen, die den Soldaten und ihren Familien zugute kommen würde. Alle sagten, sie wären lieber jedes Jahr drei Monate im Ausland als alle zwei Jahre sechs Monate.

(Peter Zumkley [SPD]: Das ist aber nicht durchgängig so!)

Ein Aufenthalt von sechs Monaten ist für die Familie nicht zumutbar. Ich hoffe, dass diese Botschaft endlich verstanden wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Das Wort hat der Vorsitzende der PDS-Fraktion, Roland Claus.

Roland Claus (PDS): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die PDS-Fraktion lehnt die Fortsetzung des Militäreinsatzes in Afghanistan ab, sowie sie auch den Beginn dieses Einsatzes abgelehnt hat.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke [PDS])

Mit Unterstützung der konservativen Opposition versucht diese Bundesregierung seit dem 24. März 1999, die Öffentlichkeit und so auch uns im Parlament beharrlich davon zu überzeugen, dass kriegerische Mittel die Voraussetzung für humanitäre Hilfe sind. Sie tut das alles andere als ungeschickt. Aber wir wollen und werden uns an diese Logik nicht gewöhnen.

(Beifall bei der PDS)

Roland Claus

- (A) Der Kampf gegen den Terror kann und muss gewonnen werden; ein Krieg kann nicht gewonnen werden.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, die Sie jetzt der Verlängerung dieses Einsatzes zustimmen wollen, Sie nehmen die **Bilder und Berichte aus Kabul** als Begründung für Ihre Zustimmung. Wir haben Zweifel daran, dass diese Bilder und Berichte die Lage in Afghanistan tatsächlich widerspiegeln. Wir haben diese Zweifel geäußert, als es zum ersten Mal um die Abstimmung zu diesem Mandat ging, und wir haben sie auch heute noch. Wir zweifeln daran, dass wir wirklich die authentische Lage in Afghanistan kennen.

Wann endet das Mandat? Diese Frage können Sie noch immer nicht beantworten. Was machen deutsche KSK-Kräfte wo in Afghanistan? Das geht bis hin zu der Frage: Wohin sind die Talibankämpfer verbracht worden? Bekanntlich sind nicht alle in Guantanamo. Diese Fragen bleiben nach wie vor offen.

Sie nehmen für sich jetzt in Anspruch, dass über diese Einsätze **Frauenrechte** gestärkt werden. So wünschenswert dies natürlich ist: Es ist unglaublich, dass Sie dies heute mit der Nordallianz erreichen können, so unglaublich, wie es war, die Taliban erst mit amerikanischer Hilfe aufzurüsten.

(Beifall bei der PDS)

Wir haben zum Gegenstand dieser Debatte einen Antrag unserer Fraktion gemacht mit dem Ziel, den **Bündnisfall**, also den NATO-Bündnis- und -Beistandsfall, wieder aufzuheben; denn interessanterweise regelt der NATO-Vertrag nur den Eintritt, aber nicht die Beendigung des Falls. Auch darüber muss gesprochen werden.

(B)

Wir sind nicht die Einzigen, die Zweifel an der realen Lage in Afghanistan haben. In der „Frankfurter Rundschau“ vom 10. Juni wird der Begriff „bleigraues Schweigen“ geprägt. Dieses „bleigraue Schweigen“ wird auch belegt. Aus diesem Grunde hat sich unsere Fraktion entschieden, am Mittwoch dieser Woche einem britischen Filmteam die Möglichkeit einzuräumen, Zeugenaussagen über die Ermordung gefangener Taliban-Kämpfer zu präsentieren. Wer sich diesen Film anschaut, wird feststellen, dass es darin nicht um tendenziöse Selbstbestätigung geht, sondern um die Suche nach Authentizität. Deshalb sind auch zu Recht Untersuchungen durch das Internationale Rote Kreuz und die Vereinten Nationen gefordert worden.

Die PDS lehnt es auch weiterhin ab, **militärische und kriegerische Mittel** als humanitäre Hilfe auszugeben. Wer das als Beihilfe zur Militarisierung diffamiert, wie es die Grünen heute getan haben, argumentiert nicht nur auf absurde Art und Weise, sondern zeigt sein eigenes Versagen in der Friedenspolitik seit März 1999.

(Beifall bei der PDS – Zuruf von der SPD: Sie argumentieren doch so!)

Deshalb bleiben wir dabei: Die Politik der uneingeschränkten Solidarität ist falsch. Es war gut, dass am 21. Mai in Berlin hunderttausend Menschen gegen diese falsche Politik demonstriert haben. Auch die Unterstüt-

zung aus dem Bundestag war richtig und wichtig. Krieg (C) ist die falsche Antwort auf den Terror.

(Beifall bei der PDS – Zuruf von der CDU/CSU: Sie bleiben sich eben doch treu, die Kommunisten!)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich erteile dem Bundesaußenminister Joseph Fischer das Wort.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist fast nicht mehr möglich, auf den Vorredner einzugehen;

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Lass es sein! Es lohnt sich auch nicht!)

es nutzt ohnehin nichts.

Nehmen Sie allein die Tatsache, dass es gelungen ist – wir haben das vorhin im Zusammenhang mit der Operation „Amber Fox“ gesehen –, einen **Bürgerkrieg** zu verhindern, über dessen Verlauf man sich, ohne das unnötig zu dramatisieren, keine Illusionen machen sollte. Wenn er in Mazedonien ausgebrochen wäre, wäre es zu ähnlich schlimmen Ereignissen gekommen, wie wir sie in Bosnien erlebt haben. Wenn Sie eine Position als Friedenspolitik bezeichnen, die diesen Bürgerkrieg sehenden Auges zugelassen hätte und die Zustimmung zum Eingreifen verweigert hat, muss ich dem entgegenhalten, dass dies nichts mit Friedenspolitik zu tun hat, sondern schlichtweg Blindheit beweist. Es stellt vielmehr das Gegenteil einer Friedenspolitik dar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(D)

Diese Bundesregierung hat mit dem **Stabilitätspakt** einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass die gesamte Region aus einem blutigen und kriegerischen Nationalismus heraus den Weg zu einem Europa der Integration findet. Das ist Friedenspolitik unter den konkret gegebenen Bedingungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dasselbe gilt für Afghanistan. Wer hätte es noch vor einem Jahr für möglich gehalten, dass wir heute die **Not-Loya Jirga** haben und dass wir mit der Umsetzung des Petersberger Abkommens so weit vorangekommen sind? Das ist die gute Nachricht.

Die schlechte Nachricht ist, dass wir noch weit von wirklich stabilen Verhältnissen entfernt sind. Insofern kann ich allen nur darin zustimmen, dass wir uns an dieser Stelle auf Dauer weiter engagieren müssen.

All diejenigen, die meinen, wir könnten heute den Rückzug der Bundeswehr beschließen, müssen wissen, dass dies einen Rückfall in einen alles zerstörenden Bürgerkrieg mit großen humanitären Katastrophen nach sich ziehen würde. Diese Erfahrungen wurden in der Vergangenheit bereits gemacht. Auch dabei handelt es sich nicht um eine schwarze Prophezeiung, sondern das ergibt sich schlicht und einfach durch eine konkrete Analyse auf-

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) grund der vorhandenen Erfahrungen. Deswegen möchte ich mich bei diesem Hause bedanken. Weil es schlechterdings keine verantwortbare Alternative zu der Verlängerung des Mandats gibt, möchte ich um Ihre Zustimmung dafür werben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wir gehen einen schwierigen Weg. Es geht darum, **Sicherheit** herzustellen. Sicherheit bedeutet vor allen Dingen, dass die Kriegsherren unter Kontrolle gehalten werden, dass auch der Einfluss von außen kontrolliert wird und dass die Taliban, soweit sie noch zu militärischen Aktionen in der Lage sind, zurückgedrängt werden, sodass es auf diese Weise wie auch durch den Aufbau einer Polizei und einer afghanischen Armee Schritt für Schritt zu einer größeren Sicherheit kommt.

Die afghanische Armee ist auch deswegen von großer Bedeutung, weil sie den **Zusammenhalt des Landes** garantieren muss. Das Land ist in einzelne Provinzen und Herrschaftsgebiete von Kriegsherren zerfallen. Es ist von allergrößter Bedeutung, dort eine afghanische Realität – dazu gehört auch eine Sicherheitsrealität – zu schaffen. Die Bundesregierung engagiert sich an dieser Stelle zusammen mit unseren Partnern in einem langfristigen Aufbauwerk.

Allerdings, Herr Kollege Schwarz-Schilling, eine Ausdehnung des ISAF-Mandates auf andere Regionen in Afghanistan würde dem Mandat eine völlig neue Qualität geben. Deswegen hat sich die internationale Staatengemeinschaft entschieden, vor allen Dingen auf den Aufbau eines eigenen afghanischen Militärs zu setzen.

(B)

Gegenwärtig sehen wir allerdings mit großer Sorge – gestern habe ich in Kanada mit den Außenministern der anderen G-8-Staaten darüber gesprochen –, dass es an Mitteln in erheblicher Höhe fehlt, um die **Gehälter** zu zahlen und die entsprechenden Besoldungen zu ermöglichen. Alle Ausbildung wird nichts nützen, wenn schließlich die Gehälter nicht gezahlt werden können. Deswegen haben wir gemeinsam noch einmal an alle Geberstaaten appelliert, die Mittel jetzt zu deblockieren, nicht nur die Mittel für einzelne Projekte und die Mittel für den Wiederaufbau und die Ausbildung, sondern vor allen Dingen auch die Mittel, die für die Bezahlung der dortigen Sicherheitsleute und der Lehrer sowie der gesamten zivilen Administration notwendig sind.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ganz entscheidend wird es sein, meine Damen und Herren, dass wir jetzt bei der **Umsetzung des Petersberg-Abkommens** vorankommen. Voraussetzung dafür ist die Präsenz der internationalen Sicherheitskomponente in Form der UN-Truppe. Ohne diese UN-Truppe wird es keine Sicherheit geben und damit wird auch der Wiederaufbau nicht möglich sein. Bei der Umsetzung des Petersberg-Abkommens setzen wir auf diese zentrale Perspektive. Wir engagieren uns aber darüber hinaus – das wurde vorhin schon angesprochen – in zwei zentralen Punkten: erstens beim **Polizeiaufbau**, das heißt bei der Polizeiausbildung. Das ist in der Tat ein ganz zentraler

Faktor. Zum Zweiten engagieren wir uns nachdrücklich auch und gerade beim **Wiederaufbau des Bildungssystems**. Hier liegt unser Schwerpunkt darauf, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen zu schaffen. Auch hier ist es uns, wie ich denke, gelungen, bereits in den ersten Monaten entscheidende Fortschritte zu erreichen. (C)

Ich möchte hier allen Beteiligten aus der Bundesregierung, aber auch allen Beteiligten der Nichtregierungsorganisationen recht herzlich danken. Sie haben unter schwierigsten Bedingungen eine sehr gute Arbeit geleistet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, zu dem Kampf gegen den Terror gibt es meines Erachtens keine ernsthafte Alternative. Wir sehen das gerade angesichts des Terroranschlags in Pakistan, der heute in Karatschi geschah und dort einer größeren Anzahl unschuldiger Menschen das Leben gekostet hat. Der internationale Terrorismus wird nicht warten; er wird auch nicht mit gutem Zureden davon zu überzeugen sein, von seinem mörderischen Tun zu lassen – leider, sonst wäre ich für gutes Zureden. Er wird vielmehr nur durch entschlossenes Handeln bekämpft werden können und bekämpft werden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU und der FDP)

Das hat unsere Politik auf dem Balkan gezeigt; das wird sie auch in Afghanistan zeigen. Dank dieser Politik wird sich meines Erachtens der Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus einstellen. Es reicht nicht, diesen Terrorismus nur zu bekämpfen, wir werden uns gleichzeitig mit den Entstehungsursachen des Terrorismus auseinander setzen müssen. (D)

(Beifall der Abg. Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist auch eine geistige Auseinandersetzung in Form eines offenen **Dialoges der Kulturen** und ein umfassendes Engagement zum Aufbau von Nationen und Zivilgesellschaften sowie zur Durchsetzung der Menschenrechte wesentliche Voraussetzung, um diese Auseinandersetzung mit dem Terrorismus bestehen zu können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

In Afghanistan hat, wie ich denke, die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit unseren Partnern wie schon auf dem Balkan gezeigt, dass wir uns dieser Politik verpflichtet fühlen. Ich bitte Sie hier um Ihr Vertrauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie des Abg. Manfred Grund
[CDU/CSU])

Vizepräsidentin Petra Bläss: Nächster Redner ist der Kollege Werner Siemann für die Fraktion der CDU/CSU.

(A) **Werner Siemann** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der erfolgreichen Bekämpfung der terroristischen Strukturen in Afghanistan gilt es heute, dem Land eine Perspektive für eine friedliche Zukunft zu eröffnen.

Mit der Mandatsverlängerung, die wir heute beschließen, kann der nationale Versöhnungsprozess in Afghanistan tiefer implementiert werden. Dieser Prozess bedarf jedoch einer militärischen Absicherung durch die internationale Staatengemeinschaft. Der stabilisierende Einfluss der ISAF ist sehr deutlich erkennbar. Ohne die Präsenz bewaffneter Streitkräfte in Kabul hätte die Loya Jirga nicht vorbereitet und durchgeführt werden können.

In diesem Zusammenhang möchte ich den zivilen Mitarbeitern der verschiedenen Hilfsorganisationen, den Soldaten im Inland, aber auch ganz besonders den deutschen Soldaten im Einsatzland meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Tag für Tag leisten sie unter widrigsten Bedingungen, teilweise unter Einsatz ihres Lebens, eine herausragende Arbeit für den Wiederaufbau und die Befriedung Afghanistans. Es gilt aber auch, einen Dank an die Türkei zu richten, die Großbritannien am 20. Juni als Leitnation ablösen wird. Die Regierung wird sich in diesem Zusammenhang überlegen müssen, ob sie ihre Einstellung zu **Rüstungsexporten in die Türkei** im Hinblick auf diese Entwicklung nicht auf den Prüfstand stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(B) Die Destabilisierungsversuche im Vorfeld der Stammesversammlung sowie die Anschläge auf Mitglieder der Übergangsregierung belegen die zerbrechliche Sicherheitslage im Einsatzland. Die Rahmenbedingungen, unter denen die Demokratisierung fortgeführt wird, sind ausgesprochen schwierig: Der Einflussbereich des neu gewählten Präsidenten ist noch auf den Großraum Kabul beschränkt. Nach wie vor geht von den etwa 5 000 untergetauchten Taliban-Kämpfern ein hohes Gefährdungspotenzial aus. Noch immer bedrohen stammesorientierte Interessengegensätze sowie Konflikte zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen den Prozess des Wiederaufbaus staatlicher Strukturen in Afghanistan. Die Reintegration von Hunderttausenden bewaffneter Kämpfer kann fast nur mit ausländischer Hilfe gelingen. Von den rund 5 Millionen afghanischen Flüchtlingen sind weit über 800 000 wieder in ihre Heimat zurückgekehrt; sie müssen ebenfalls integriert und versorgt werden.

Erhebliche Bedeutung für eine Stabilisierung der Sicherheitslage besitzt die rasche Aufstellung **gesamtafghanischer Streitkräfte**. Nach Einschätzung von Experten werden die Sicherheitskräfte der Übergangsregierung und der Folgerregierung bis zur Aufstellung afghanischer Streitkräfte nicht in der Lage sein, Sicherheit im Land herzustellen und zu garantieren. Mit anderen Worten: Die Sicherheit muss durch die militärische Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft gewährleistet werden.

Nach amerikanischen Berechnungen wird nicht vor 2005 eine erste flächendeckende Präsenz afghanischer

Streitkräfte erreicht werden. Zwei Jahre später, also 2007 – in diesen Kategorien müssen wir denken –, soll die Aufstellung der Armee abgeschlossen sein. Damit dürfte für alle diejenigen, die hier heute entscheiden, klar sein, dass sich der Deutsche Bundestag noch in diesem Jahr mit einer **weiteren Verlängerung des Mandats** wird beschäftigen müssen. Spätestens im Oktober ist auch die Frage zu klären, wer die Türkei als Leitnation ablöst. (C)

In der Debatte vom 22. Dezember über die Beteiligung der Bundeswehr an ISAF haben Sie, Herr Verteidigungsminister Scharping, gesagt:

Wir haben auch hinsichtlich der Dauer des Einsatzes nicht den Ehrgeiz, die Obergrenze auszuschöpfen.

Sie sprachen in diesem Zusammenhang auch von „politischer Glaubwürdigkeit“.

Im Anschluss an diese Debatte werden wir beschließen, die **Obergrenze** nicht nur auszuschöpfen, sondern um 200 Soldaten zu erhöhen. Dabei ist fraglich, ob diese Erhöhung ausreichend ist und eine realistische Anpassung an die tatsächlichen Auftragserfordernisse in Afghanistan darstellt. Wir sollten unseren Soldaten klar und ganz deutlich sagen: Die Dauer des deutschen Engagements in Afghanistan ist nicht absehbar. Bereits heute gibt es erste Anzeichen dafür, dass wir unser Kontingent vor Ort in Zukunft personell verstärken müssen, um die operative Flexibilität und Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Uns allen sollte und muss klar sein, dass für uns der Einsatz am Hindukusch nicht im Dezember enden wird.

Leider – dies haben auch die Vorredner schon betont – gibt es zur militärischen Absicherung des Friedensprozesses keinerlei Alternative; daher wird die Union der Mandatsverlängerung zustimmen und somit einer gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht werden. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Siemann, auch für Sie war es die letzte Rede in diesem Hohen Hause. Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen bedanke ich mich für Ihre Arbeit hier und wünsche Ihnen auf dem kommenden Weg alles Gute.

(Beifall im ganzen Hause)

Der letzte Redner in dieser Debatte ist der Kollege Peter Zunkley für die SPD-Fraktion.

Peter Zunkley (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach über 20 Jahren Krieg steht Afghanistan vor einem politischen und wirtschaftlichen Neuanfang. Dem neu gewählten Präsidenten Karzai wünschen wir eine erfolgreiche Arbeit auf dem gewiss noch schwierigen Weg, den Afghanistan noch vor sich hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur eine radikale Abkehr von Strukturen der Vergangenheit, kriegerischen Verhaltensweisen und Hinwen-

Peter Zumkley

- (A) dung zu einem friedlichen Miteinander der verschiedenen Volksgruppen und Stämme werden das Land aus seiner derzeit noch bestehenden Armut und dem Elend herausbringen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt geht es darum, dem Land beim **Wiederaufbau** zu helfen und der Bevölkerung, das heißt allen ethnischen Gruppen, eine Perspektive für eine friedliche Zukunft zu geben. Der Neubeginn und der international unterstützte Wiederaufbau Afghanistans wird von Deutschland maßgeblich mitgestaltet.

Der politische Weg, wie in der Petersberg-Konferenz vereinbart und durch die **Loya Jirga** unterstützt, ist nur möglich, wenn er durch militärische, wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung der internationalen Völkergemeinschaft abgesichert wird.

Zunächst muss es darum gehen, die zerstörte Infrastruktur aufzubauen, Minen zu räumen, in den Lehmhäusern der Ärmsten endlich Wasser und Elektrizität zu installieren sowie Fensterscheiben einzubauen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Schulbildung und Berufsausbildung, gerade auch für die bisher benachteiligten Mädchen und Frauen, müssen genauso entschlossen vorangebracht werden.

- (B) Darüber hinaus wird Deutschland im Rahmen der vereinbarten Koordinierungsverantwortlichkeiten speziell den **Aufbau der Polizei** begleiten und mitgestalten. Dies wird bei erfolgreicher Durchführung zur Stärkung der inneren Sicherheit in Afghanistan führen. Der Aufbau afghanischer Streitkräfte, die unter dem Primat der Politik stehen müssen, bietet die Chance auf zunehmende Stabilisierung der Sicherheitslage des Landes. Taliban und al-Qaida sind noch nicht endgültig überwunden. Sie stellen nach wie vor ein Problem dar.

Wie wichtig der schnelle Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte ist, zeigt die Tatsache, dass Vereinte Nationen und Rotes Kreuz ihre Hilfskräfte aus Masar-i-Scharif und Kandahar wegen der instabilen Sicherheitslage vorübergehend abgezogen haben. In anderen Landesteilen erbringen deutsche Hilfsorganisationen auf den Gebieten Gesundheit, Instandsetzung von Schulen sowie Lebensmittelverteilung erhebliche Leistungen. Dafür danken wir ihnen, auch anlässlich dieser Debatte, sehr herzlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU und der FDP)

Bisher haben bis zu 1 200 deutsche Soldaten zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und somit zur Stabilisierung der Übergangsregierung beigetragen. Sie leisten unter schwierigen und gewiss nicht ohne Risiko verbundenen Bedingungen einen unverzichtbaren Beitrag für den Frieden in dieser Region und für die Fortsetzung des eingeleiteten Reformprozesses. Herr Claus, dies hat mit kriegerischen Aktivitäten überhaupt nichts zu tun. Ihre Argumentation in diesem Punkt ist wirklich absurd.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der
CDU/CSU und der FDP)

Ohne diese militärische Komponente wären wichtige Hilfsleistungen nur schwer zu erbringen. Das eine bedingt das andere. Beides ist notwendig. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Soldatinnen und Soldaten haben sich bei ihrem Einsatz – dies gilt übrigens für alle Krisenregionen, wo deutsche Soldaten eingesetzt werden – einen hervorragenden Ruf erworben. Sie erfüllen ihre Aufgaben professionell, diszipliniert, unparteiisch und unbestechlich. Sie genießen in der Bevölkerung Afghanistans und bei unseren Partnerländern hohes Ansehen. Davon haben sich viele Parlamentarier dieses Hauses bei ihren Besuchen in Kabul, so auch ich, persönlich überzeugen können.

Unsere Soldatinnen und Soldaten sind hervorragend ausgebildet, gut ausgerüstet und verfügen über den bestmöglichen persönlichen Schutz. Die dafür notwendige finanzielle Vorsorge ist sichergestellt. Wir danken unseren Soldatinnen und Soldaten für ihren Einsatz.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Ende Mai die Verlängerung des Mandats beschlossen. Gleichzeitig hat der Sicherheitsrat festgestellt, dass die Situation in Afghanistan weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Er fordert die Mitgliedstaaten erneut auf, Personal, Material und andere Ressourcen für die internationale Sicherheitsunterstützungsgruppe beizutragen. Auf dieser Grundlage hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag eine Beschlussempfehlung zur Mandatsverlängerung vorgelegt. Der Einsatz deutscher Kräfte ist bis zum 20. Dezember 2002 befristet. (D)

Zugleich mit der heutigen Entschließung wird der Bundestag beschließen, dass **weitere Kräfte** vorübergehend zur Unterstützung herangezogen werden können. Dies halten wir für notwendig, Herr Kollege Siemann; ich sage das, weil Sie gerade eine kritische Bemerkung hierzu gemacht haben.

Die dadurch mögliche Flexibilität wird von uns ausdrücklich unterstützt. Den erhöhten Sicherheitsrisiken während der Loya Jirga und den damit verbundenen Notwendigkeiten zur Gewährleistung des politischen Stabilisierungsprozesses wird Rechnung getragen. Ein über den Großraum Kabul hinausgehendes militärisches Engagement übersteigt unsere Möglichkeiten und erscheint auch deshalb nicht sinnvoll, weil die afghanische Regierung die Kontrolle über ihr Land letztlich selbst gewinnen muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir stimmen der Mandatsverlängerung zur „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan“ auf Grundlage der UN-Resolutionen 1386 und 1413 zu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Petra Bläss:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 14/9437 zum Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan. Es gibt zwei schriftliche Erklärungen zur Abstimmung gemäß § 31 unserer Geschäftsordnung, zum einen vom Kollegen Jürgen Koppelin¹⁾ und zum anderen von den Kolleginnen und Kollegen Buntenbach, Lemke und Simmert²⁾. Der Ausschuss empfiehlt, dem Antrag auf Drucksache 14/9246 zuzustimmen. Es ist namentliche Abstimmung verlangt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass im Anschluss an diese namentliche Abstimmung eine Abstimmung stattfinden muss, bei der zur Annahme eines Ergebnisses des Vermittlungsausschusses die Mehrheit des gesamten Hauses erforderlich ist. Daher bitte ich Sie alle, nach der namentlichen Abstimmung wieder in den Saal zurückzukommen. Im Anschluss daran findet eine weitere namentliche Abstimmung statt.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte jetzt alle Kolleginnen und Kollegen, schnellstmöglich ihre Plätze einzunehmen, damit wir zügig weitermachen können. Die Schriftführerinnen und Schriftführer bitte ich, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.³⁾

(B)

Wir setzen die Abstimmungen fort.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 14/8834 zu dem Antrag der Fraktion der PDS mit dem Titel „Bundeswehreinheiten aus der Golfregion zurückziehen“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/8270 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der PDS-Fraktion angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 14/9435 zu dem Antrag der Fraktion der PDS mit dem Titel „Bündnisfall aufheben“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/8664 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch diese Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der PDS-Fraktion angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf

Drucksache 14/8234 zu dem Antrag der Fraktion der PDS mit dem Titel „Den internationalen Terrorismus wirksam bekämpfen – den Krieg in Afghanistan beenden“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/7500 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der PDS-Fraktion angenommen.

(C)

Ich rufe den Zusatzpunkt 20 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Art. 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) zu dem Gesetz zur Neuregelung des Zollfahndungsdienstes (**Zollfahndungsneuregelungsgesetz – ZFnrG**)

– Drucksachen 14/8007 (neu), 14/8515, 14/9332, 14/9430 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Joachim Poß

Bericht erstattender Abgeordneter ist der Kollege Joachim Poß. Wird das Wort zur Berichterstattung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wird das Wort zu Erklärungen gewünscht? – Auch das ist nicht der Fall. Deshalb kommen wir sofort zur Abstimmung. Ich weise darauf hin, dass zur Annahme der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zur Änderung des nach Art. 87 Abs. 3 des Grundgesetzes mit absoluter Mehrheit angenommenen Gesetzentwurfs ebenfalls die absolute Mehrheit, das sind 334 Stimmen, für erforderlich gehalten wird. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses auf Drucksache 14/9430? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der PDS-Fraktion und einer Stimme aus der FDP-Fraktion bei Enthaltung der übrigen FDP-Fraktion mit der absoluten Mehrheit des Hauses angenommen.

(D)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 96)**

– Drucksache 14/8994 –

(Erste Beratung 236. Sitzung)

– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes**

– Drucksache 14/8978 –

(Erste Beratung 236. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

– Drucksache 14/9425 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Dr. Jürgen Meyer (Ulm)

Dr. Norbert Röttgen

Volker Beck (Köln)

Rainer Funke

Dr. Evelyn Kenzler

¹⁾ Anlage 2

²⁾ Anlage 3

³⁾ Seite 24479